

FDP-Präsidium trifft sich mit Rat der EKD

Gedankenaustausch stand im Vordergrund



Das Foto zeigt v. l. n. r.: Ratsmitglied Tabea Dölker, MdL-NS Christian Dürr, Alfred Neugebauer, Liberale Christen Bayern, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Stv. Bundesvorsitzende der FDP, Lina Teutenberg, Kreisvorsitzende Potsdam, MdL a.D.; Ratspräsident der EKD und Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm; FDP-Bundesgeschäftsführer Maro Buschmann; Oberkirchenrat Dr. Stephan Iro; Christian Lindner, MdL, Bundesvorsitzender der FDP; Dieter Kleinmann, Vors. des Bundesfachausschusses Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften; Markus Dröge, Bischof der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz; Klaus Winterhoff, Juristischer Vizepräsident im Landeskirchenamt der ev. Kirche Westfalen, Oberkirchenrätin Karin Hatzinger, Leiterin der Dienststelle Brüssel; Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der EU Dr. Martin Dutzmann, FDP-Generalsekretärin Nicola Beer, Kultusministerin a.D.; Oberkirchenrat Joachim Ochel, Theologischer Referent der EKD; Mieke Senftleben, Sprecherin der FDP-Fraktion für Bildung, Familie und Religionsgemeinschaften im Berlin Abgeordnetenhaus.
Auf dem Foto fehlen: Dr. Hermann-Otto Solms, Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Volker Wissing, Otto Fricke, Landesbischof Jochen Bohl, Ratsmitglied Prof. Gesine Weinmiller.

Ein Gespräch zwischen dem FDP-Präsidium und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) fand am 18. Juni im Thomas-Dehler-Haus in Berlin statt.

Die Begrüßung der beiden Gremien erfolgte durch den FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner, der die Freude über dies gemeinsame Gespräch zum Ausdruck brachte. Mit dabei war der Stv. Vorsitzende des FDP-Bundesfachausschusses für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und Vorsitzender des Katholisch-Liberalen Arbeitskreises Alfred Neugebauer aus Rentweinsdorf.

Ratsvorsitzender der EKD Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm erwiderte, dass nicht nur die Mitglieder des Rates der EKD, sondern auch die Gläubigen der FDP zum allgemeinen Priestertum gehören. In Erinnerung ist, dass mehr als 50 Prozent der Mitglieder der letzten FDP-Bundestagsfraktion der ev. Kirche angehörten.

In seiner Antwort erläuterte Bedford-Strohm das Verhältnis vom säkularen Staat und Religionsfreiheit. Der liberale, säkulare Staat mit weltanschaulicher Neutralität für staatliche Institutionen und für die Politik ist die

Voraussetzung für eine Religionsfreiheit. Jeder kann sich frei entscheiden, ob er religiös sein will oder nicht. In dieser demokratischen Gesellschaft leben also nichtreligiöse säkulare und religiöse gläubige Bürger gleichermaßen miteinander. Für beide Gruppen müssen annehmbare Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft geschaffen werden. „Kirche ist nicht zu übersehen, immerhin besuchten 200.000 Menschen den Kirchentag in Stuttgart.“

Die Verquickung von Modernisierung und Säkularisierung wird vorsichtiger diskutiert, weil Religion nicht im Privaten verschwunden ist. Weltweit erstarkt Religion in südlichen und fernöstlichen Ländern, während sie in nördlichen Ländern stagniert bzw. abnimmt. Dennoch ist von „De-Säkularisierung“ die Rede. Habermas habe gesagt, dass die weltanschauliche Neutralität der Staatsgewalt nicht so verstanden werden darf, dass religiöse Stimmen im Staat keine Rolle spielen dürfen. Der weltanschaulich und religiös neutrale Staat ist nicht vereinbar mit der politischen Verallgemeinerung einer rein säkularen Weltsicht.

Vier Themenbereiche wurden diskutiert bzw. erörtert.

Ethische Fragen zu Beginn und am Ende des Lebens.

FDP-Generalsekretärin Nicola Beer stellte vor:

- Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch die Möglichkeit über das eigene Lebensende zu verfügen; dies schließt assistierten Suizid ein, kommerzielle Sterbehilfe muss illegal sein. Diese bestehende Rechtslage möchte die FDP unverändert wissen

Übereinstimmend mit der EKD besteht:

- Der freie Wille der Menschen ist ausschlaggebend. Die Patientenverfügung ist eine liberale Errungenschaft, die sich bewährt hat.
- Losgelöst von den obigen Forderungen steht eine bessere Ausstattung der Hospize und der Palliativmedizin klar auf der liberalen Agenda.

Bedford-Strohm betonte ausdrücklich, dass er dankbar sei, wie in Deutschland über Sterbehilfe diskutiert werde und kaum Tendenz zur aktiven Sterbehilfe bestehe. Die EKD tritt dafür ein:

- Suizid, Beihilfe zum Suizid, ärztlich assistierter Suizid und institutionalisierte Sterbehilfe werden grundsätzlich abgelehnt. Die entstehen durch Einsamkeit im Alter.
- Unsinnige medizinische Behandlung am Lebensende und sonstige lebensverlängernde Maßnahmen können durch Patientenverfügung abgelehnt werden. Richterliche Verfügungen sind hier nicht förderlich.

Zur **Reproduktionsmedizin** wurde von Seiten der EKD bedauert, dass oft Eltern begründen müssen, weil sie sich für die Geburt eines behinderten Kindes entschieden haben. Mit Präimplantationsdiagnostik unterscheidet der Mensch zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben; daher wird ein Verbot gefordert.

Verhältnis Staat – Religionsgemeinschaften

Der Begriff „Staatskirchenrecht“ spiegelt die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft nicht mehr wider, so die FDP. Die Entwicklung eines „Religionsverfassungsrechts“ lässt mehr Platz für christliche Kirchen und andere Religionen. Diesen aus der Verfassung abzuleitenden Handlungsaufforderungen und -möglichkeiten gilt es nachzugehen. Der juristische Vizepräsident der ev. Kirche Westfalen Winterhoff stimmte hier für die EKD zu.

Von Seiten der FDP und der EKD wurde betont, dass **Flüchtlinge** in unserem Lande willkommen sind. Sie bereichern unsere Wirtschaft und helfen, unsere Zukunft zu sichern. Deshalb wurden bessere Bedingungen für Asylbewerber (u. a. schnellere Verfahren, Zugang zum Arbeitsmarkt, größere Kontingente für syrische Flüchtlinge) gefordert. Mehr Möglichkeiten zu legaler Einwanderung sind zu schaffen.

In diesem Gespräch ginge es nicht darum, nur Gegensätze aufzuzeigen oder Übereinstimmungen festzustellen, sondern um offenen Meinungsaustausch, der zukünftig fortgesetzt werden soll.

Ratsvorsitzender Bedford-Strohm vertrat die Meinung: „Menschen sollen sich in Parteien organisieren“. Alfred Neugebauer fühlte sich bestätigt an den in Rentweinsdorf entwickelten Leitsatz der Liberalen Christen:
„Christen können nicht unpolitisch sein. Politiker dürfen nicht unchristlich handeln.“

Zu Beginn der Sitzung überreichte Alfred Neugebauer dem Ratsvorsitzenden und Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm eine Einladung des Rentweinsdorfer Pfarrers Hans Körner, „RockSofa“ im Feststall von Sendelbach zu besuchen.